Enquete-Kommission 5/2

Anhörung zum Themenkomplex 6
„Leistungsfähiges und bürgernahes E-Government“
am 9. März 2012 im Landtag Brandenburg

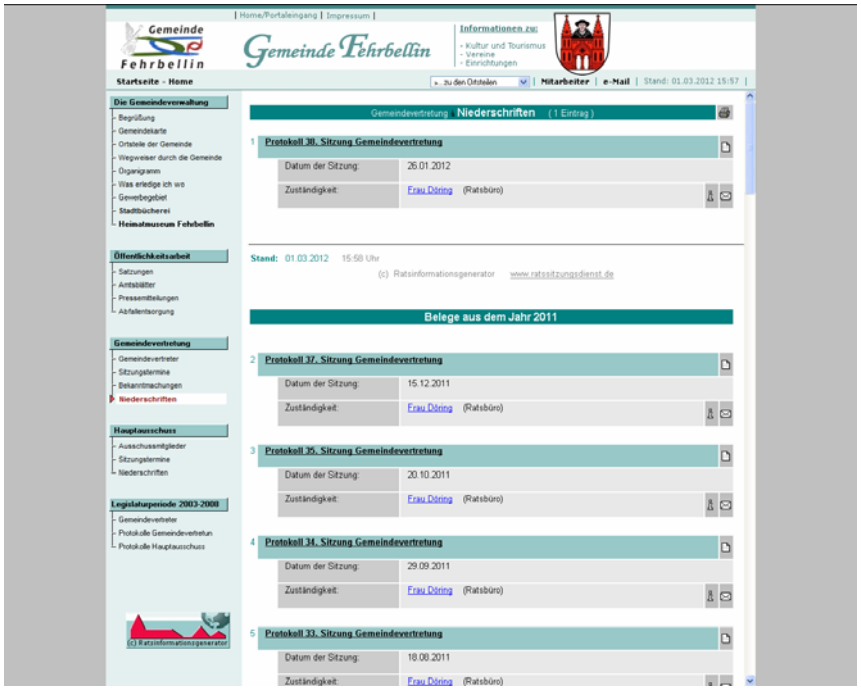
Referatsleiterin Silke Kühlewind
Städte- und Gemeindebund Brandenburg

I. Einige Grundsätze des kommunalen E-Government

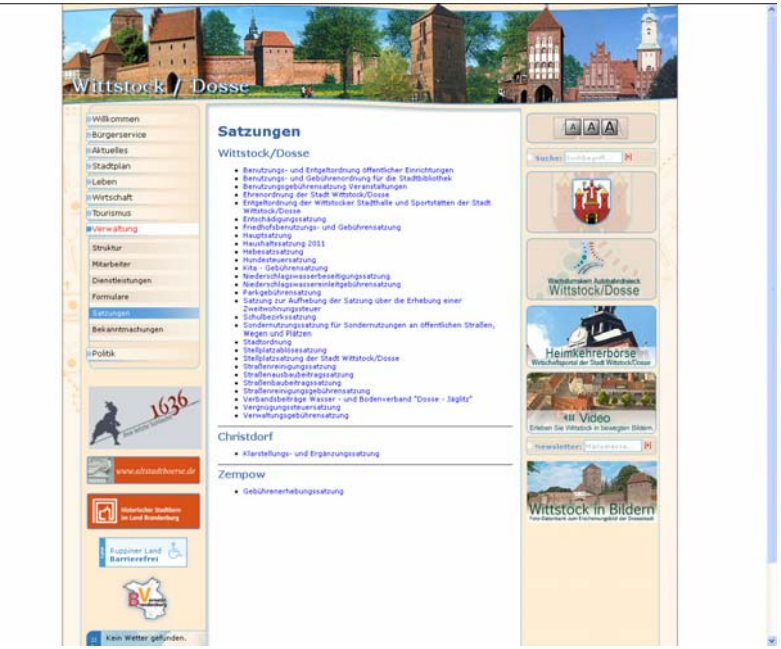
- Produktneutralität
  - Gefahr der Monopolisierung – Beispiel: Personenstandswesen
- Schnittstellenfähigkeit
  - spätestens mit Rechtssetzung, ansonsten kann es zu Fehlinvestitionen kommen,
- Dezentrale Verantwortung
  - derzeit keine gemeinsame kommunale E-Government-Strategie,
  - unterschiedliche Geschwindigkeiten, zum Teil städtische E-Government-Strategien,
  - aber alle Städte, Gemeinden und Ämter setzen um.

II. Beispiele kommunales E-Government in Bbg.

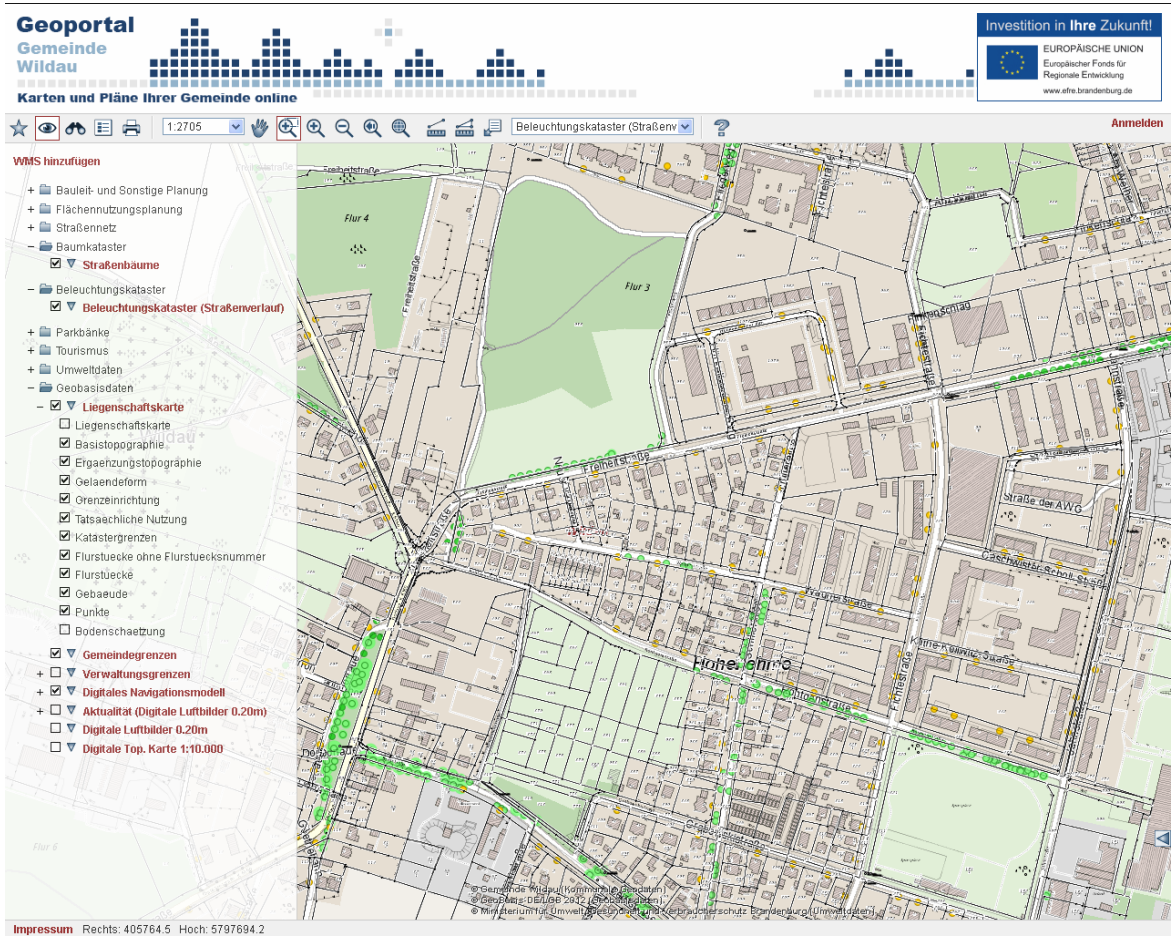
Gemeinde Fehrbellin:
Ratsinformationssystem



Stadt Wittstock/Dosse:
Satzungen und Formulare



II. Beispiele kommunales E-Government in Bbg.

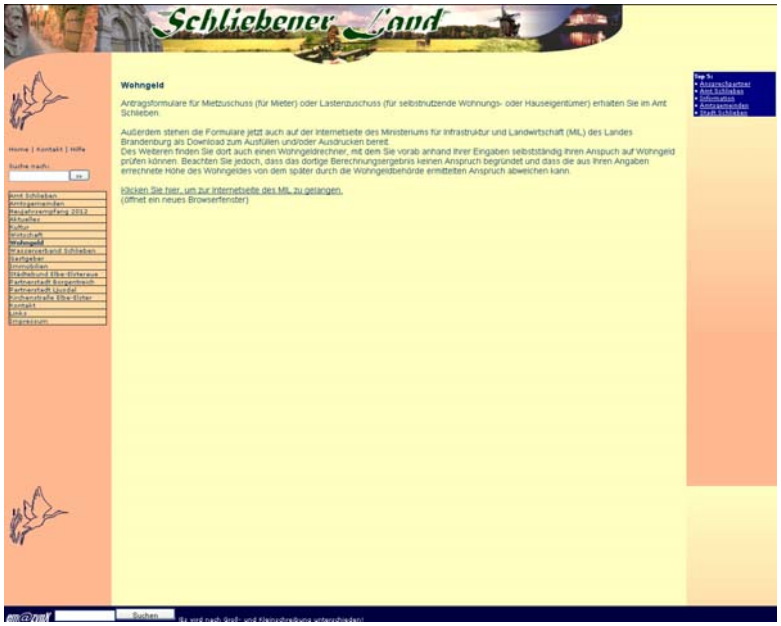


Gemeinde Wildau: Geoportal – verbindet lokale Daten mit Landesdaten

II. Beispiele kommunales E-Government in Bbg.

kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel: Bauen-online

Amt Schlieben: Wohngeld dezentral beantragen, zentral auszahlen



II. Beispiele kommunales E-Government in Bbg.

Stadt Fürstenwalde: einfache elektronische Melderegisterauskunft

LH Potsdam:
Ratsinformationssystem,
Personalausweis- und/oder Reisepass-Statusabfrage,
Bauen-online,
Wunschkennzeichen,
Bankbriefauskunft,
Melderegisterauskunft-Online

II. Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit

Gründung 01.09.1994
5 betreute Verwaltungen

EDV Zweckverband Prignitz

Verbandsmitglieder:

Amt Meyenburg
Amt Putlitz-Berge
Gemeinde Groß Pankow

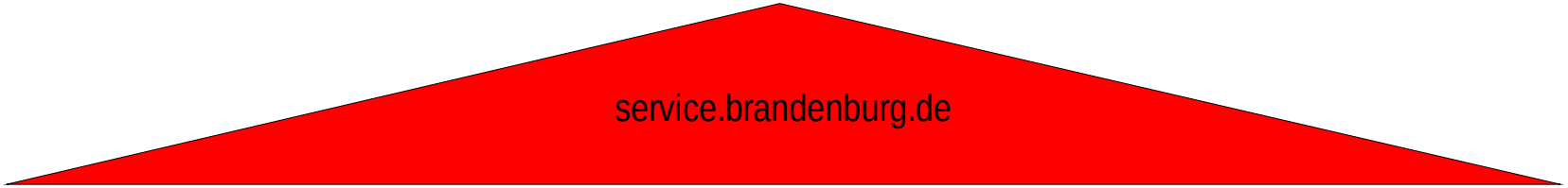
Wartungsvertrag:

Amt Lenzen (Elbtalaue
Gemeinde Gumtow

EDV Zweckverband PRIGNITZ

III. Beispiele in Zusammenarbeit mit dem Land

Gemeinschaftsinitiative „eBürgerdienste für Brandenburg“



Kompetenzzentrum

Informationssysteme

- Landesinformationssystem
  - Fachartikel
  - Kommentierte Links
  - Themen, Nutzergrupen
  - Adressen, Verzeichnisse
- Suchmaschine
- Zuständigkeitsfinder
- Verfahrensbeschreibungen

Basiskomponenten

- Formularserver
  - Formularpool
  - Eingabehilfen
- Virtuelle Postelle
  - sicheres Postfach
  - elektronische Signatur
- Bezahlplattform
- Portalserver
- BPM

Elektronische Verwaltungsdienstleistungen

- Integration und Verwendung der Informationssysteme und Basiskomponenten
- Fach- und Querschnitsverfahren
  - Landesverwaltung
  - Kreisverwaltung
  - Kommunalverwaltung

III. Beispiel 40 x Maerker Brandenburg

Kategorien:

- Abfall/Müll
- Abwasser/Wasser
- Geruchs-/Lärmbelästigung
- Tiere/Ungeziefer
- Vandalismus
- Verkehrsgefährdung
- Öffentliches Grün/Spielplatz

(bewusst keine Kategorie sonstiges)

III. Beispiel 40 x Maerker

III. Beispiel 40 x Maerker Brandenburg

Maerker- Unterstützer:

- Ministerium des Innern
- Städte- und Gemeindebund Brandenburg
- betroffene Landesbehörden
  - Landesbetrieb Straßenwesen
  - LGB
  - ZIT
- Landkreise
  - Potsdam-Mittelmark
  - Spree-Neiße
  - Märkisch-Oderland, …
- Wasser- und Abwasser ZV
- Müllentsorger
- Deutsche Bahn AG

III. Beispiel Mobiler Bürgerservice

Zielsetzung:

- Positive Effekte hinsichtlich der Bürgernähe
- Dienstleistungscharakter der Verwaltung verstärken
- Flexibilität erhöhen
- Qualitätszuwachs bei der Erledigung der Fachaufgaben
- Mitarbeiterbezogene Effekte, wie eine höhere Attraktivität der Arbeitsbedingungen und Qualitätssicherung/ -erweiterung

Anwender:

- Potsdam, Nauen (je eigenständig)
- ab 12.04.2012:
  Wittstock/Dosse (kooperatives Projekt)

III. Beispiel Mobiler Bürgerservice

Projektinhalt - mögliche Dienstleistungen

- Beantragung und Aushändigung von Personaldokumenten
- An- bzw. Ummeldung der Wohnung
- Melderechtliche Bescheinigungen
- Beantragung von Führungszeugnissen und Gewerbezentralregisterauskünften
- Änderung von Lohnsteuerkarten
- Beglaubigungen von Abschriften und Unterschriften
- Anschriftenänderung im Kraftfahrzeugschein*
- Entgegennahme von Führerscheinanträgen*
- Bewohnerparkausweisverlängerung

** bei kreisfreien Städten*

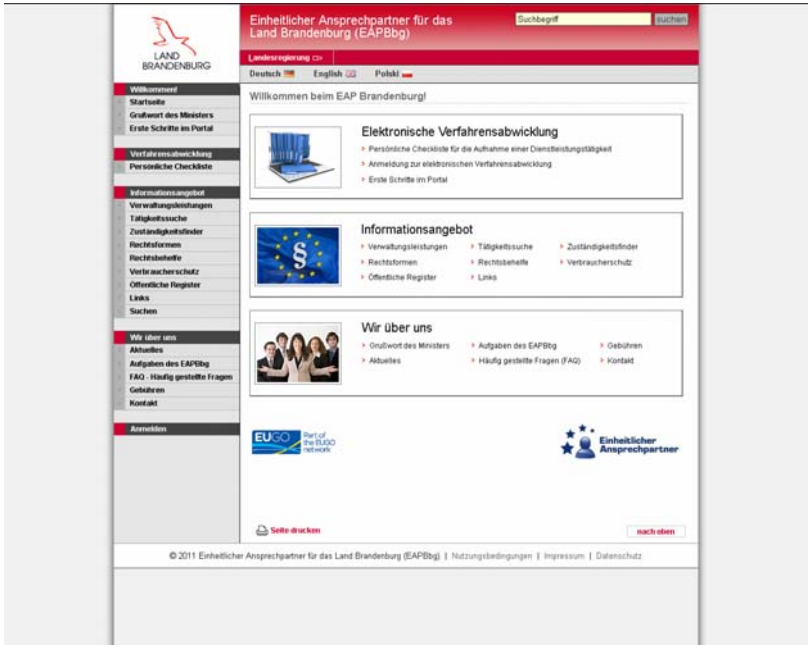
III. Beispiel Mobiler Bürgerservice

Technische Umsetzung - Voraussetzungen

- Bereitstellung der geeigneten Hardware (PC, Drucker, Scanner, Unterschriftspad, EC-Kartengerät)
- Schaffung einer unabhängigen Verbindung zwischen dem mobilen Gerät und dem Netzwerk der Stadtverwaltung per UMTS mit den erforderlichen und vorgeschriebenen Verschlüsselungen
- Schaffung eines Zugriffs auf die für die Durchführung der Dienstleistungen betreffenden Verfahren wie MESO, IKOL KFZ*, ARCHIKART GEDAS, * bei kreisfreien Städten

III. Beispiel EU-Dienstleistungsrichtlinie/GEWON

Zentraler einheitlicher Ansprechpartner Brandenburg, 2 Anwendungsfälle



121 GEWON-Anwender, ca. 182 Anwendungsfälle

Fazit: Bürger und Unternehmen bevorzugen auch bei elektronischen Verfahren dezentrale Ansprechpartner!

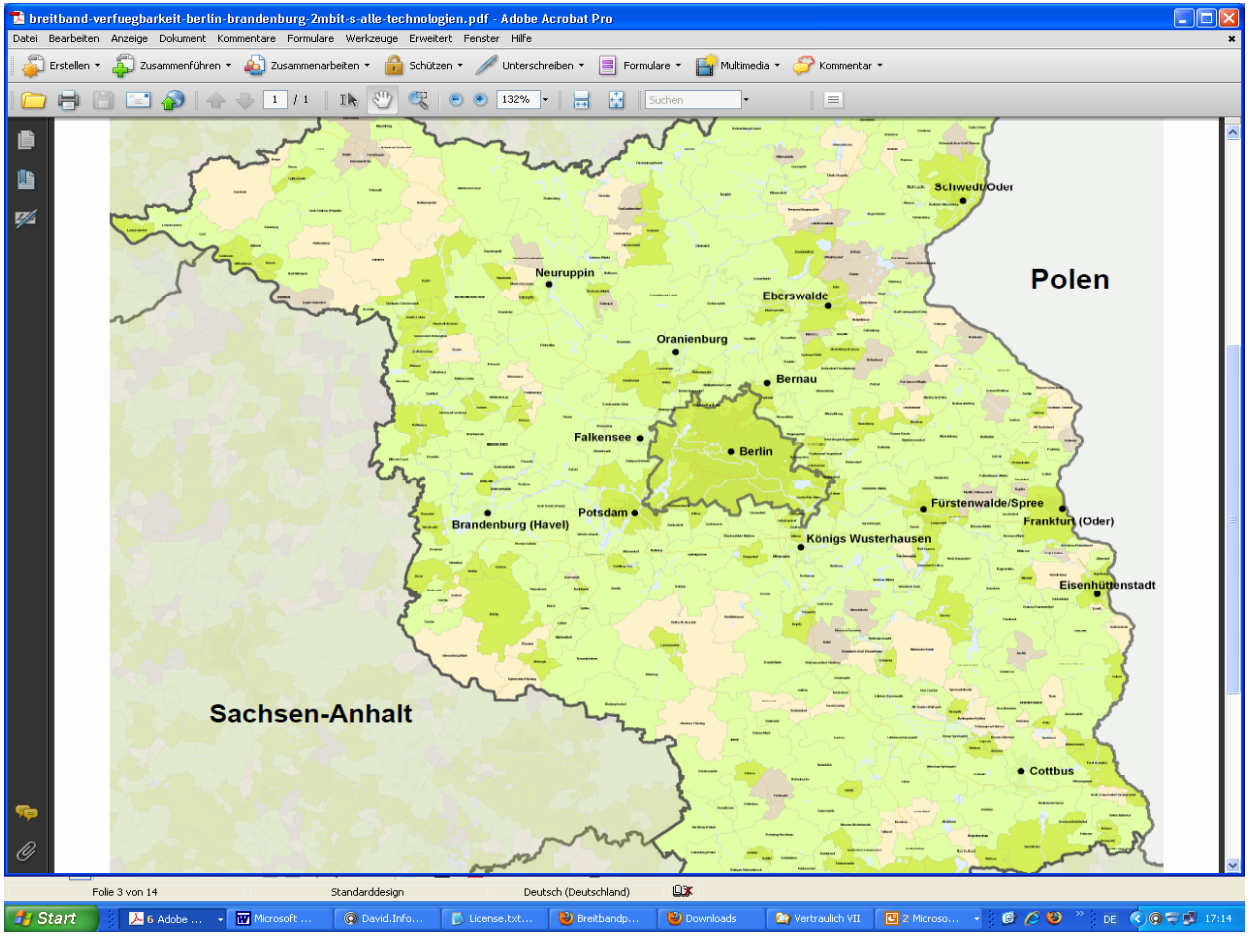
IV. Die Grenzen des gemeindliches E-Government

- **Sachliche Grenzen:**
  - Nicht alle Aufgaben sind elektronisch abbildbar/ersetzbar, z.B. Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung, Straßenreinigung, Straßenbau, öffentliche Ordnung u.a..
- **Finanzielle Grenzen:**
  - Zeitgemäßes E-Government für kommunale Bedarfe schaffen, nicht am tatsächlichen Bedarf von Bürgern und Unternehmen vorbei agieren.
- **Territoriale Grenzen:**
  - Angebote elektronischer Behördendienste dienen als weiterer Zugang zur Gemeindeverwaltung; auf persönlichen, ortsnahen Kontakt in den Gemeindeverwaltungen kann nicht verzichtet werden; demnach lässt sich das gemeindliche Hoheitsgebiet durch den Einsatz von E-Government nicht beliebig erweitern.
- **Zeitliche Grenzen:**
  - Nicht alles ist gleichzeitig realisierbar.

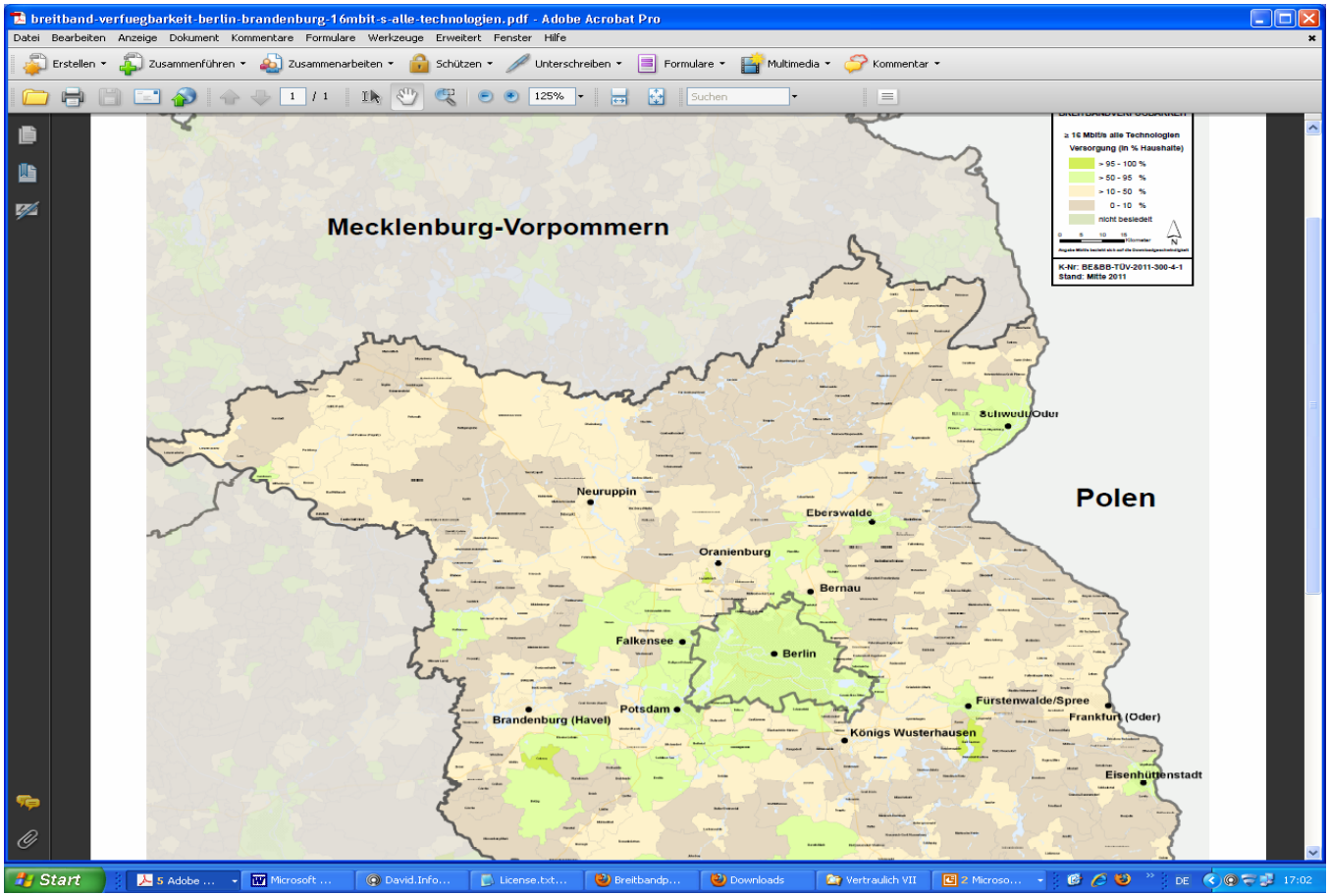
V. Erwartungen an den Bund

- Schaffung des Rechtsrahmens auf Bundesebene (z.B. E-Government-Gesetz 2013),
- Einführung standardisierter Datenaustausch-formate,
- Auf- und Ausbau einer föderalen IT-Infrastruktur auf Bundesebene unter Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung,
- Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Breitband-Infrastruktur.

Breitbandversorgung im Land Bbg. noch lückenhaft: hier 2 Mbit/s - alle Technologien



Breitbandversorgung im Land Bbg. noch lückenhaft: hier 16 Mbit/s - alle Technologien



VI. Erwartungen an das Land

- Begleitende Förderung des Aufbaus einer flächendeckenden Breitband-Infrastruktur verstärken,
- Auf- und Ausbau einer föderalen IT-Infrastruktur auf Landesebene unter Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung,
- E-Government mit weiteren Reformansätzen verbinden,
- Experimentierklauseln zulassen.

VII. Ausblick – E-Government 2020

- Jeder Bürger in Brandenburg hat Zugang zu leistungsfähigem Breitband.
- Nahezu alle onlinefähigen Verwaltungsdienst-leistungen sind online abrufbar.
- Amtsfreie Gemeinden/Ämter sind Einstiegstor für alle Verwaltungsdienstleistungen.
- Die Effizienzsteigerung durch interkommunale Zusammenarbeit wurde weiter vorangetrieben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

weitere Informationen www.stgb-brandenburg.de